

# Der Grenzbote.

Der Grenzbote erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags und Feiertagen folgenden Tages und kostet vierteljährlich, vorausbezahlbar, 1 Mk. 20 Pfg. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von den Ausrägern des Postamtes, sowie von allen Kaiserl. Postanstalten und Postboten angenommen.

**Tageblatt und Anzeiger**  
für  
**Adorf und das obere Vogtland**

Inserate von hier und aus dem Verbreitungsbezirk werden mit 10 Pfg., von auswärts mit 15 Pfg. die 4mal gespaltene Grundzeile oder deren Raum berechnet und bis Mittags 12 Uhr für den nächstfolgenden Tag erbeten.

Reclamen die Zeile 20 Pfg.

Verantwortlicher Redacteur, Drucker und Verleger: **Otto Meyer in Adorf.**

Fernsprecher Nr. 14.

Hierzu Sonntags die Illustr. Gratisbeilage „Der Zeitspiegel“.

Fernsprecher Nr. 14.

**N<sup>o</sup> 296.**

**Donnerstag, den 21. Dezember 1905**

**Jahrg. 70**

In der Privatklagesache des  
**Kaufmanns August Geilsdorf in Adorf, Privatklägers,**  
gegen den  
**Buchdruckereibesitzer Otto Meyer in Adorf, Angeklagten,**  
wegen Beleidigung ist von den Parteien folgender  
**Vergleich**  
geschlossen worden:

Der Angeklagte erklärt, daß er mit den von ihm in Nummer 259 und 260 des Grenzboten vom laufenden Jahre veröffentlichten Erklärungen den Privatkläger nicht habe beleidigen wollen, sondern dabei nur von der Ansicht geleitet gewesen sei, er handele damit in Wahrnehmung berechtigter Interessen.

Soweit in diesen Veröffentlichungen Beleidigungen enthalten sein sollten, bedauert er sie und nimmt sie hiermit zurück. Außerdem verspricht er eine Sühne von 30 Mk. zu Gunsten des in Adorf zu errichtenden Bürgerhauses zu zahlen und übernimmt die Kosten des Verfahrens.

Ausgefertigt am 19. Dezember 1905.

**Der Gerichtsschreiber des Königl. Amtsgerichts Adorf.**  
Eichenberg, Sekr.

## Politische Rundschau.

Berlin, 19. Dezember. Die Angabe französischer Blätter, die Mehrzahl der beteiligten Mächte hätte einem Vorschlage Spaniens zugestimmt, die marokkanische Konferenz wegen der beschränkten Raumverhältnisse in Algieras in Madrid stattfinden zu lassen, ist unrichtig. Spanien hat den bezüglichen Vorschlag offiziell gar nicht gemacht, und es hat auch keine einzige Regierung zugestimmt. — Der englische Premierminister Sir Henry Campbell Bannerman hat auf die Depesche, in welcher ihm die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin Mitteilung machten von der Rundgebung für ein deutsch-englisches Einvernehmen und der dabei gefassten Resolution, gedankt mit dem Hinzufügen, daß er vollständig den Wunsch für die Herstellung und Erhaltung freundschaftlicher Gefühle zwischen dem britischen und dem deutschen Volke teile.

— Ein deutscher Kreuzer geht aus Tsingtau zum Schutze der deutschen Kolonie nach Schanghai ab.

— Die Milliarde der Marke. Ueber eine Milliarde Briefmarken desselben Wertes sind zum ersten Male im Jahre 1904 von der Reichspost seit ihrem Bestehen in einem Jahre abgesetzt worden. Bis zum Jahre 1901 war das am meisten gebrauchte Wertzeichen die Zehnspfennigmarke. Seit 1902 ist an deren Stelle die Briefmarke zu fünf Pfennig getreten, die nicht nur im Ortsbriefverkehr, sondern auch für Ansichtskarten mehr und mehr gebraucht wird. Ihre Verwendung ist von Jahr zu Jahr weiter gestiegen und hat im letzten Jahre 1 033 052 532 erreicht. An Zehnspfennigmarken, die seit 1902 an zweiter Stelle stehen, wurden 935 Millionen abgesetzt. An dritter Stelle kommt die Briefmarke zu 3 Pfennig mit 476 Millionen.

— Die Flucht aus Rußland nach Deutschland. Aus Hamburg wird gemeldet, daß sich seit mehreren Tagen auf jedem Schiff, daß von Libau oder Riga eintrifft, Flüchtlinge aus den russischen Ostseeprovinzen befinden. Es sind zumeist Gutsbesitzer mit ihren Familien. — Wie die „Ostdeutschen Grenzboten“ melden, brachten die letzten Züge aus Rußland mehr als 800 Flüchtlinge, die in Gydtkuhnen keine Unterkunft mehr finden konnten.

— Der ungarische Reichstag wurde gestern mit Verlesung eines königlichen Handschreibens eröffnet, wonach er bis zum 1. März 1906 vertagt wird.

— Der Gesetzentwurf über das allgemeine

Wahlrecht in Ungarn. Die Regierung gibt amtlich den von ihr fertiggestellten Gesetzentwurf bekannt, betreffend das allgemeine Wahlrecht. Danach erhält jeder männliche Staatsbürger, der das 24. Lebensjahr vollendet und des Lesens und Schreibens kundig ist, das aktive Wahlrecht. Jeder Wahlbezirk wählt einen Abgeordneten. Die Wahl ist unmittelbar und geheim und erfolgt mittels Stimmzettels. Die gegenwärtige Zahl der Abgeordneten bleibt unverändert bestehen, ebenso die fünfjährige Dauer des Mandats. Die bisher Wahlberechtigten behalten das Wahlrecht noch für die Dauer der beiden nächsten Wahlperioden, auch wenn sie nicht lesen und schreiben können.

Bern, 19. Dezbr. Auf Gesuch des Bundesrats hat sich die deutsche Reichsregierung bereit erklärt, die Schweizer in Riga unter ihren Schutz zu nehmen. Die deutsche Regierung gab dem Bundesrat die Zusicherung, sie werde die Schweizer in deutsche Passagierschiffe aufnehmen, die zur Abholung der Deutschen nach Riga abgehen.

Zürich, 19. Dezbr. Heute erscheint hier an alle in der Schweiz lebenden Balten ein dringender Aufruf, sich zur sofortigen Abreise nach Riga bereit zu machen. In dem Aufruf, unterzeichnet von Studenten, heißt es: „Da sich viele Balten in allen Hochschullstädten Deutschlands entschlossen haben, Sonnabend, den 23. d. M., (wahrscheinlich per Schiff) nach Riga zu fahren, um ihren schwer bedrohten Landsleuten mit vereinten Kräften beizustehen, so ersuche ich alle Landsleute, sich diesem Unternehmen anzuschließen.“ Ein Ingenieur Hörjchelmann in München organisiert den Durchzug über Deutschland und das Zusammentreffen der Teilnehmer.

— Aus Petersburg wird gemeldet: Ein in der Nähe der Wohnung des Ministers des Innern Durnowo verhafteter Mann, in dessen Besitz eine Bombe gefunden wurde, hat zugegeben, daß er die Absicht hatte, Durnowo zu ermorden. Im Laufe der polizeilichen Untersuchung fügte der Verhaftete hinzu, daß die Revolutionäre beschloffen haben, mehrere hohe Regierungsbeamte „hinzuwickeln“. 20 entlassene Postbeamte sollen sich beim Revolutionskomitee gemeldet haben, um ein Attentat auf Durnowo auszuführen. — Die Revolutionäre versuchten in der Nähe Petersburgs einen Eisenbahnzug zum Entgleisen zu bringen. In diesem Zuge befanden sich 250 Millionen Mark, welche dazu bestimmt waren, die Zinsen mehrerer auswärtiger Anleihen zu bezahlen. Die Regierung

wollte dieses Bargeld in Sicherheit bringen und der wertvolle Zug war vom Militär scharf überwacht. Auch die Eisenbahnlinie war vom Militär besetzt. Der Versuch, den Zug auszugraben, mißlang.

London, 19. Dezbr. Nach Telegrammen aus Schanghai war der ernsteste Vorgang bei den Ruhestörungen der gleichzeitige Angriff des Pöbels auf das Rathaus und mehrere Polizeistationen. Eine davon wurde erobert. Die Aufrihrer versuchten, sie niederzubrennen. Einige darin befindliche Ausländer entkamen mit Mühe. Es war versucht worden, den Ausweg zu sperren, um sie mit zu verbrennen, doch brachen sie mit Gewalt aus. Die Aufrihrer befreiten alle Häftlinge aus dem Gefängnis. Viele Ausländer, darunter acht Damen, wurden in den Straßen angefallen und geschlagen. Sechs indische Polizisten wurden schwer verwundet und gegen 20 Chinesen getötet. Die Straßen werden von deutschen Marinejoldaten, die in Wusung gelandet wurden, scharf abpatrouilliert. Mit den Zügen kommen Verstärkungen an. Die britischen Kreuzer „Astraa“ und „Bona Adventure“, die in Schanghai vor Anker liegen, landeten ebenfalls Marinejoldaten. 400 Freiwillige aus den fremden Kolonien wurden einberufen. Die Chinesen sind unbewaffnet und unorganisiert. Infolge der prompten Maßregeln ist die Ruhe wieder vollkommen hergestellt.

## Sächsisches.

B. Plauen, 19. Dezbr. Ueber eine Million Mark bewilligt. In seiner heute abend abgehaltenen Sitzung bewilligte der Stadtgemeinderat bedeutende Summen. Zunächst 675 400 Mark für den Neubau eines Realgymnasiums am Bärenstein, dann für Neuherstellungen im jetzigen gemeinschaftlichen Gebäude des Realgymnasiums mit Realschule, in welchem letztere dann allein verbleibt, 52 000 Mark und zuletzt 281 900 Mark zur Beschaffung eines Pelougeapparates und Bau eines Lagerchuppens in der neuen Gasanstalt. — Weiter wurde ein von der Bürgerschaft schon längst gewünschter Beschluß gefaßt und der Antrag gestellt, den Preis für Leuchtgas von 1906 an von 19 auf 18 Pfg. herabzusetzen. Bei Festsetzung des Zuschlages zum Normalsatz der Gemeindecinkommensteuer auf 1906 soll über den Antrag Beschluß gefaßt werden.

Wilka u, 19. Dezbr. Kommerzienrat Dietel hier überwies aus Anlaß seiner silbernen Hochzeit seiner Fabrik-Invaliden-Klasse abermals